

Das gebrochene Minsker Abkommen und seine Folgen

Am 12. Februar 2015 wurde der „Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ Minsk II, auch Minsker Abkommen genannt, von folgenden Vertragspartnern unterzeichnet:

Deutschland, vertreten durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreich, vertreten durch den französischen Präsidenten Francois Hollande, Rußland, vertreten durch den Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin, der Ukraine, vertreten durch den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und von Teilnehmern der Trilateralen Kontaktgruppe.

Das Minsker Abkommen enthält 13 Punkte:

1. Waffenruhe ab Sonntag um 00.00 Uhr.
2. Abzug der schweren Waffen aus einer Pufferzone. Die Regierungstruppen müssen sich hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatisten hinter die im September im Minsker Abkommen vereinbarte Demarkationslinie. Der Abzug der Waffen beginnt am zweiten Tag nach der Waffenruhe und muss nach spätestens 14 Tagen abgeschlossen sein.
3. Die OSZE überwacht die Waffenruhe und den Abzug der Waffen.
4. Nach dem Abzug der Waffen sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk sowie den künftigen Status der beiden Regionen beginnen. Grundlage ist ein Gesetz, mit dem Kiew den abtrünnigen Regionen vorübergehend mehr Selbstständigkeit zugestanden hatte. Das ukrainische Parlament muß innerhalb von 30 Tagen festlegen, für welches Gebiet dies genau gelten soll. Die Regionen können darüber entscheiden, welche Sprache sie nutzen wollen.
5. Eine gesetzliche Amnestieregelung soll alle Konfliktbeteiligten vor Strafverfolgung schützen.
6. Freilassung aller Gefangenen.
7. Sicherstellung humanitärer Hilfsleistungen.
8. Beide Seiten müssen an einer Wiederherstellung der Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen arbeiten, damit etwa die Zahlung von Renten und Steuern wieder aufgenommen werden kann. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.
9. Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Rußland übernehmen. Dieser Prozeß soll nach den geplanten Wahlen beginnen und spätestens Ende des Jahres abgeschlossen sein. Bedingung ist, daß die Verfassungsreformen unter Punkt 11 umgesetzt werden.
10. Rückzug aller ausländischen Kämpfer, Söldner und Waffen unter Aufsicht der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppen.
11. Bis Ende 2015 muß eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht

und mit Vertretern der abtrünnigen Regionen abgestimmt ist. Ein Gesetz zum künftigen Sonderstatus von Donezk und Lugansk muß ebenfalls bis Jahresende verabschiedet werden.

12. Wahlen in den abtrünnigen Regionen unter Aufsicht der OSZE, ein Termin ist nicht angegeben.
13. Die Kontaktgruppe soll noch intensiver zusammenarbeiten und Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Friedensplans einsetzen.

Sicher kann man vieles mit Blick auf die russische Politik kritisieren, aber beide Augen zuzudrücken, sobald es sich um die Ukraine handelt, wird dem gegenwärtigen Geschehen nicht gerecht. Die Art, wie der ukrainische Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk – ein bekennender Stepan Bandera-Verehrer – von höchster deutscher Stelle hofiert wird, ist mehr als befremdlich. Man stelle sich vor, ein deutscher Botschafter würde in einem Gastland mit derartigen anmaßenden Forderungen, wie sie Melnyk aufstellt, agieren. Die



Die Staats- und Regierungschefs von Belarus, Rußland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine am 12. Februar 2015 in Minsk

Hätten die Verhandlungsparteien auf einer konsequenten Umsetzung dieses Abkommens bestanden, wäre die gegenwärtige Situation mit großer Sicherheit nicht entstanden. Doch Rußland blieb alleiniger Rufer in der Wüste. Die ukrainische Regierung stellte sich von Anfang an demonstrativ gegen seine Umsetzung. Insofern ist die Ukraine nicht nur Opfer, sondern auch Täter. Nach wie vor lehnt sie einen Dialog mit den Führungen in Lugansk und Donezk ab. Der im Minsker Abkommen verabredete Souveränitätsverzicht der Ukraine für die Gebiete Donezk und Lugansk wurde bis heute nicht umgesetzt. Deutschland und Frankreich taten nichts, um die ukrainische Regierung zur Einhaltung der Vereinbarungen des Vertragstextes zu bewegen. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz hatte Wladimir Putin mehrmals darauf hingewiesen, daß im Donbass an der russischen Bevölkerung ein Genozid stattfindet. In einem Interview bezeichnete Olaf Scholz diese Aussage als „lächerlich“. Doch ein OSZE-Bericht vom 9. November 2021 veröffentlichte das Ergebnis einer Untersuchung, in der festgestellt wird, daß die ukrainische Regierung für 75 % der Opfer verantwortlich ist. Im deutschen Fernsehen wurde dieser Bericht bisher mit keinem Wort erwähnt.

sofortige Ausweisung würde auf dem Fuße folgen.

Die USA-Administration konnte dank einer meisterhaft durchgeführten psychologischen Kriegsführung gegen Rußland ihr Hauptanliegen, einen dauerhaften Keil zwischen Europa und Rußland, vor allem aber zwischen Berlin und Moskau zu treiben, auf ganzer Linie erfolgreich umsetzen. Der US-amerikanische Geostratege Georg Friedmann erklärte bereits am 4. Februar 2015: „Es wird Konflikte in Europa geben, es gab schon Konflikte, in Jugoslawien und jetzt auch in der Ukraine. ... Der islamistische Extremismus ist ein Problem für die Vereinigten Staaten, aber keine existenzielle Bedrohung. ... Wir haben andere außenpolitische Interessen. Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt.“ Zugleich hat die vom französischen Ministerpräsidenten Macron bereits als „hirntot“ bezeichnete NATO eine ungeheure Aufwertung und neue öffentliche Akzeptanz

erfahren, was natürlich auch für die USA als NATO-Führungsmacht gilt. Davon erhofft sich Washington – nicht unbegründet – die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung in Europa wieder verstärkt bestimmen zu können, insbesondere im Hinblick auf China. Das Sprachrohr der NATO, Jens Stoltenberg, sekundiert dabei auf der ganzen Linie. Er schreckt dabei vor der Verbreitung von Unwahrheiten nicht zurück. So behauptete er in einem Interview mit dem Spiegel, Rußland habe 2008 Gewalt gegen Georgien eingesetzt, Truppen in Moldau ohne Zustimmung der dortigen Regierung stationiert, 2014 die Krim annektiert und die Ostukraine destabilisiert.

Stellen wir das richtig: 2008 hat nicht Rußland Gewalt gegen Georgien eingesetzt, sondern Georgien hat Gewalt gegen Süd-Ossetien gebraucht und dabei Dutzende russische Soldaten getötet, die dort als Friedenstruppe (mit Einverständnis Georgiens) fungierten. Erst 24 Stunden später sind russische Truppen eingetroffen und haben die georgischen Angreifer zurückgeschlagen. Das ist keine russische Propaganda, das ist das Ergebnis des Untersuchungsberichts des Europarates. Weiter behauptete er, Rußland habe Truppen in Moldau ohne die Erlaubnis der dortigen Regierung stationiert. Das ist mir neu, denn auch in Moldawien stehen russische Friedenstruppen, die aufgrund eines Vertrages zwischen Rußland und Moldawien aus dem Jahr 1992 dort eingesetzt sind. Damals konnte in diesem Gebiet ein

Bürgerkrieg beendet werden. Man hat sich auf eine Friedenstruppe geeinigt, welche die Kontaktlinie kontrolliert. Die Friedenstruppe besteht aus russischen, moldawischen und transnistrischen Soldaten. Stoltenberg behauptet das Gegenteil.

Diese ganze orchestrierte Stimmungsmache gegen Rußland zielt darauf, Rußland in die Knie zu zwingen. Joe Biden hat sich nicht versprochen, als er formulierte: „Putin muß weg.“ Die Begehrlichkeiten der USA auf die russischen Rohstoffe sollen mit Unterstützung der Europäer und der NATO umgesetzt werden. Die Europäer gegen Rußland, die USA gegen China – so stellt man sich die wirtschaftliche und militärische Kräfteverteilung vor. Bei einem Krieg in Europa wären die USA weit genug vom Geschehen entfernt. Das Bestreben der transatlantischen Mächte, Rußland möglichst weltweit zu isolieren, stößt auf Widerstand. Indien verweigert sich der Sanktionspolitik genauso wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die Staaten Lateinamerikas sowie ein großer Teil der afrikanischen Staaten und die Türkei halten sich davon fern. Nicht zuletzt beharrt auch China darauf, seine guten Beziehungen zu Rußland durch die Zustimmung zu Sanktionen nicht zu beschädigen.

Inzwischen wird jeden Tag deutlicher, daß Sanktionen gegen Rußland auch in die Richtung derjenigen ausschlagen, die sie erlassen haben. Selbst die USA sehen sich mit den wirtschaftlichen Folgen der Embargopolitik konfrontiert. Im Börsenbericht vom

4. April wird gemeldet, die USA haben ihre Käufe von russischem Öl um über 40 Prozent erhöht und Sanktionen gegen Düngemittel aus Rußland aufgehoben. Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Michail Popow erklärte: „Die Vereinigten Staaten haben die Europäer gezwungen, antirussische Sanktionen zu verhängen, während sie selbst nicht nur weiterhin Öl aus Rußland importieren, sondern ihren Import von ‚schwarzem Gold‘ in der letzten Woche um 43 Prozent auf 100 000 Barrel pro Tag erhöht haben!“

Gleichzeitig drängen die USA darauf, daß die EU bei ihnen das wesentlich teurere Frackinggas kauft, was der europäischen Wirtschaft massive Wettbewerbsnachteile bringen und sehr viele Arbeitsplätze kosten wird. Hinzu kommt, daß die Sanktionierung von Düngemitteln aus Rußland und Weißrußland in der EU zu stark steigenden Lebensmittelpreisen und in Afrika zu enormen Hungerkatastrophen führen wird. Rußland und Weißrußland liefern fast die Hälfte der weltweiten Düngemittel und da deren Herstellung energieintensiv ist, kann Europa die Lücke selbst nicht stopfen, weil Energie ohnehin knapp ist und die Preise explodieren. Die USA schwächen damit die EU, die sie nicht nur als Vasallen, sondern auch als wirtschaftlichen Konkurrenten ansehen.

OSL a.D. Dr. Hans-Peter Slodowski
Dresden

Das Versprechen der rot-grünen Regierung

Deutschlands rot-grüne Regierung war mit dem Versprechen angetreten, unser Land sozial gerechter zu machen. Wir sind zwar eines der reichsten Länder der Erde, doch wenn man genau hinsieht, erkennt man hinter der schönen Fassade das Elend. Menschen, die kaum noch ihre Wohnung bezahlen können, Kinderarmut, über 1000 Tafeln, welche die Menschen mit Lebensmitteln versorgen müssen, da den meisten Rentnern und Hartz-IV-Empfängern das Geld zum Leben fehlt, in Pflegeeinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern gehört Personalnot zum Alltag etc.

Im Gegensatz dazu gibt es in der BRD aber 134 Milliarden und mehr als eine Mio. Millionäre! Gewinne von Automobil-Konzernen, High-tech-Firmen und Banken erreichen ungeahnte Höhen, dank des FDP-Regulativs. Es sorgt dafür, daß diesen Leuten kein Haar (Steuerhaar) gekrümmt wird. Profit ist alles, was zählt.

Der Krieg in der Ukraine wird benutzt zu massiven Preissteigerungen. Gas, Strom und Lebensmittel werden für viele unbezahlbar.

Habeck und Lindner meinen, das sei der Preis, den wir alle zahlen müssen. Die Betonung liegt auf wir! Das sagen Leute, die monatlich



Armut breitet sich seit langem in der EU aus

um die 20 000 Euro zur Verfügung haben! Und diese Gelder genehmigen sie sich auch noch selber, wie z.B. die 1500 Euro „Pandemie-Zulage“ der Grünen. Denn Geld ist ja genug da. Ein „Sondervermögen“ von 100 000 000

Euro für Waffen, dazu kommt die jährliche 2%-Vorgabe des BIP für die NATO. Damit steigt Deutschland nach den USA und China

zur drittgrößten Militärmation auf. Woher kommt nun das ganze Geld? Keine Frage, das wird den kommenden Generationen aufgebürdet, den jungen Menschen, die ja, wie man tönt, „unsere Zukunft“ sind. Oder vielleicht bedienen sie sich ja auch an den eingefrorenen – besser gestohlenen – Gold- und Devisenreserven, die Rußland auf westlichen Bankkonten aus Verkäufen von eigenen Rohstoffen zur Bezahlung von Importen zurückgelegt hatte.

Wir sollten uns nichts vormachen: Wenn China und Indien sich demnächst an Sanktionen gegen Europa beteiligen sollten (Indien will die gesamte Menge Öl kaufen, welches nach Europa geliefert wird, zu einem besseren Preis) und wenn China, angefangen bei den seltenen

Erden, Nickel, Palladium, Wolfram, Chrom und weiteren Rohstoffen, uns mit Zöllen oder gar einem Boykott belegt, sieht es stockfinster aus in unseren Landen.

Joachim Augustin